Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege



15.12.2022

Pflegereform jetzt

Dramatische Situation der Pflege in Deutschland:

Die Situation der Pflege in Deutschland ist aus dem Ruder gelaufen. Die Stimmung bei den Beschäftigten ist so schlecht wie nie, immer mehr Pflegekräfte wandern in die Leiharbeit ab, um den schwierigen Arbeitsbedingungen zu entfliehen.

„Nach drei Jahren Pandemie ist die Personaldecke so dünn, dass jeder Ausfall wegen Krankheit die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen ernsthaft gefährdet“, betont Ulrich Lilie, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

„Die Spirale steigender Eigenanteile dreht sich trotz der prozentualen Senkung der Kosten im Pflegeheim schon wieder stetig nach oben“, so der

BAGFW-Präsident weiter. Aber auch die pflegedürftigen Menschen und ihre An- und Zugehörigen in der häuslichen Pflege bräuchten dringend Unterstützung. Sie warten schon seit Jahren auf ein Entlastungsbudget, das immer wieder angekündigt, aber bislang nicht umgesetzt worden sei.

„Nachdem die letzte Regierung neben vielen einzelnen Reformen der Pflegeversicherung im Klein-Klein steckengeblieben war, muss die Ampel Pflege endlich zur Priorität erheben, um die versäumte große Strukturreform der Pflegeversicherung, einschließlich der Sicherstellung der Finanzierung von Pflege, schnellstmöglich nachzuholen“, so Lilie.

Daher müsse eine grundlegende Strukturreform der Pflegeversicherung zur Chef-Sache erklärt und schnell auf den Weg gebracht werden. Sonst bestehe die Gefahr, dass wir die verbliebenen Pflegenden auch noch verlieren.

Zentrale Inhalte der großen Reform müssen vor allem folgende Punkte sein:

- Pflegende Angehörige unterstützen
- Kosten für Pflegebedürftige senken und Eigenanteile begrenzen
- Finanzierung von Pflege nachhaltig sicherstellen
- Pflegebedürftigkeit durch Angebote der Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation verringern und verhindern
- Pflege als zentralen Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge verankern

---

Dateien

Pressemeldung 138 KB

Zum Seitenanfang